

Riesner Tageblatt



und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Verlagsamt
Tageblatt Riesa,
Hermann Nr. 22,
Bismarck Nr. 22.

Das Riesner Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Großenhain, des Amtsgerichts und der Anwaltschaft beim Amtsgericht Riesa, des Rates der Stadt Riesa, des Finanzamts Riesa und des Bauamts Riesa behördlicherseits bestimmte Blatt.

Verlagsamt
Dresden 1592,
Groschke
Riesa Nr. 22

Nr. 49.

Donnerstag, 27. Februar 1930, abends.

83. Jahrg.

Das Riesner Tageblatt erscheint jeden Tag abends 7/8 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, für einen Monat 2 Mark 25 Pfennig ohne Zustellgebühr. Für den Fall des Eintretens von Produktionsstörungen, Erhöhungen der Papiere und Materialpreise behalten wir uns das Recht der Preiserhöhung und Nachforderung vor. Anzeigen für die Nummer des Ausgabebetages sind bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Grundpreis für die 30 mm breite, 3 mm hohe Werbefläche (6 Zeilen) 25 Gold-Pfennige; die 30 mm breite Reklamefläche 100 Gold-Pfennige; getraubener und tabellarischer Satz 50%, Aufschlag, feste Tarife. Bemerkung: Rabatt erlischt, wenn der Betrag verfallen, durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs gerät. Zahlungs- und Erfüllungsort: Riesa. Achtstündige Arbeiterarbeitszeit. Erzähler an der Elbe. — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Lieferanten oder der Beförderungsanstalten — hat der Besteller keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Rotationsdruck und Verlag: Langer & Winterlich, Riesa. Geschäftsstelle: Goethestraße 59. Verantwortlich für Redaktion: Heinrich Uhlmann, Riesa; für Anzeigen: Wilhelm Dittich, Riesa.

Der schwierige Tag.

an. Wir haben gekertzt bereits — und wie sich zeigt — mit Recht darauf hingewiesen, daß die politische Lage außerordentlich verworren ist. Ein Berliner Blatt dementiert das andere, eines behauptet, die Verständigung sei auf dem Wege, das andere sagt, die Krise sei im Anzuge. Man hat keinen Schritt weiter gefunden und in den letzten Tagen arbeiten mehr die Kombinationen wie die Politiker. Es haben einige Vorschläge stattgefunden, aber nicht zwischen den Parteiführern, und der Reichsfinanzminister ist erst Dienstag von einer Reise nach Berlin zurückgekehrt. Er wird heute mit der Regierung seine Deckungsvorschläge unterbreiten. Wir sind in der Lage, die Haltung der Regierung zu diesen Deckungsvorschlägen bereits heute zu beurteilen. Die sozialdemokratischen Minister werden die Woblenhauser'schen Vorschläge ohne weiteres ablehnen und sich auch zu irgendwelchen Konzessionen nicht verstehen können. Die Forderungen der Sozialdemokraten sind bekannt. Ihre Ablehnung richtet sich in der Hauptsache gegen die Absicht Woblenhauser's, die Reichsversicherungsanstalt für Arbeitslose autonom zu machen. Von dieser Seite erfahren wir, daß der Finanzminister nach Ueberprüfung aller Verhandlungen und Vorschläge zu der Ansicht gekommen ist, daß die Arbeitslosenversicherung aus sich selbst heraus fundiert werden müsse. Er wird verlangen, daß ein Gesetz der Versicherung die Selbstverwaltung gibt und der Beitrag in der Höhe ist, die Beiträge nach den Bedürfnissen der Anstalt zu erhöhen oder zu senken. Mit dieser Auffassung kommt er übrigens der Deutschen Volkspartei nahe, die noch immer die innere Sanierung der Arbeitslosenversicherung fordert und in ihrer letzten Fraktionsrede auch von der Steuererhöhung für 1931 nicht abgegangen ist. Man hat in dieser Sitzung von den Woblenhauser'schen Vorschlägen noch nichts gehört, würde aber derzeitige Vorschläge, wie uns von sozialparteilicher Seite versichert wird, begrüßen.

In zweiter Stelle steht die neu gefundene Vermögenssteuer. Sie soll die noch vorhandene Unterbilanz ausgleichen und neben den bereits vollzogenen Steuererhöhungen die anderen Anzügen abtun. Einwände ist aber nur eine vorläufige Prüfung der Ergebnisse dieser Steuer vorgenommen worden. Es können noch gar keine abschließenden Zahlen gegeben werden. Vor allem weiß man nicht, ob neben der Vermögenssteuer die Kraftfahrzeugsteuer weiter bestehen bleiben soll. Jedenfalls wird Woblenhauser inzwischen konkrete Unterlagen besorgen, um seinen Vorschlag zu begründen. Nicht ohne Grund wird darauf hingewiesen, daß diese Steuer bereits auf die Pläne eines Vermögensmonopols hindeutet, die doch weiter gediehen sein müssen, als es den Anschein hat. Entweder soll sie das geplante Monopol fördern oder erschweren. Ein genaues Bild läßt sich noch nicht finden. Die Stellung der Parteien zu dieser Steuer ist noch gänzlich unklar. Sie sind selbst von dieser Anregung überrascht worden und werden erst Stellung nehmen, wenn die Unterlagen vom Finanzminister gegeben sind. Wir hören aber, daß hier die Sozialdemokraten zu haben wären, während sich bei den Demokraten und der Volkspartei, falls die Kraftfahrzeugsteuer nicht fällt, Wiederstände bemerkbar machen.

Das Wichtigste der heutigen Regierungsverhandlungen dürfte aber sein, daß in der Regierung selbst eine starke Spannung besteht, und daß besonders Minister Woblenhauser sich ganz entschieden gegen die Selbstverwaltung der Arbeitslosenversicherung wehrt.

Verkehrt wäre es aber, wollte man die Behauptung der Deutschen Allgemeinen Zeitung ernst nehmen, daß Sozialdemokraten und Zentrum es darauf abgesehen haben, die Deutsche Volkspartei aus der Regierung zu drängen. Die Sozialdemokraten wehren sich nur, wie uns gesagt wird, gegen neue Belastungen über die von ihnen erwähnten Verbrauchssteuern hinaus und wehren sich besonders gegen eine Schmälerung der sozialen Einrichtungen. Wenn sie in einigen Teilen mit dem Zentrum übereinstimmen, so ist das nicht dahin ausulegen, als wenn ein Machtkampf zwischen den Parteien entbrannt sei.

Vor einem scharfen Lohnkampf im Baugewerbe?

* Berlin. Die vom Deutschen Arbeitgeberverband für das Baugewerbe ausgebrochene Kündigung der Lohnkarte für die Bauarbeiter zum 31. März dieses Jahres, die zum Zweck der Verabreichung der Löhne erfolgt ist, dürfte einen sehr scharfen Lohnkampf im deutschen Baugewerbe verursachen. Durch die Kündigung der Lohnkarte müssen die Löhne für über eine Million Bau- und Baubediensteten neu geregelt werden. Während die Arbeitsschlichter bisher noch keine genau formulierten Forderungen über das Ausmaß der von ihr beabsichtigten Lohnführung bekanntgegeben hat, hörte eine Berliner Korrespondenz von Arbeitnehmenseite, daß man dort gleichfalls in den Verwaltungskreisen eine Kündigung der Lohnkarte zum 31. März in Aussicht genommen habe. Hier vertritt man den Standpunkt, daß nicht eine Verfürgung der Löhne, sondern vielmehr eine Lohnhöhung eintreten müßte, da seit Abschluß des letzten Lohnvertrages die Lebenshaltungskosten in nicht unbeträchtlichem Maße angeklungen seien. Man nimmt an, daß die Kündigung durch den Arbeitgeberverband lediglich erfolgt sei, um der Arbeitnehmenseite zuvorzukommen. Mit Rücksicht auf die große Spannung, die zwischen den Forderungen von Arbeitgeber- und Arbeitnehmenseite besteht, sei mit einem scharfen Lohnkampf und äußerst schwierigen Verhandlungen zu rechnen.

Nabezu 400 Millionen neue Steuern.

Die Steuerpläne des Reichsfinanzministers.

Reichsfinanzminister Dr. Woblenhauser legte im Verlauf des Mittwochs den Fraktionsführern der Regierungsparteien seine Steuerpläne vor. Zur Deckung des Fehlbetrags im Reichshaushalt schlägt er folgende neue Steuern vor: 1. Erhöhung der Biersteuer um 75 Proz., insgesamt 240 Millionen neue Steuern, 2. aus der Erhöhung der Zölle auf Kaffee und Tee 60 Millionen, 3. aus Mineralwasser 35 Millionen Mark und 4. aus Steuer und Zensol etwa 60 Millionen Mark. Das neue Steuerbudget des Reichsfinanzministers Woblenhauser enthält zunächst nahezu 400 Millionen neue Steuern.

Werden sich die Bayern mit der Biersteuer abfinden? Diese entscheidende Frage führt uns zu der Feststellung, daß die Finanzminister der Länder bei ihrer Besprechung mit dem Herrn Reichsfinanzminister rund 200 Millionen Mark weiterer Zurechnungen des Reichs verlangten, um die Länderhaushalte 1930/31 auszubalancieren zu können. Bayern forderte allein 80 Millionen Mark, Bayern folgte mit 60 Millionen. Die Biersteuer soll zu einem Drittel an die Länder fallen. Die Erhöhung der Zölle auf Kaffee und Tee, die Zensolsteuer und der neue Zensol sollen, wie im Reichstag verlautet, je zur Hälfte den Ländern zugute kommen. Die Mineralwassersteuer sollte in ihren Erträgen völlig an die Länder fallen. Auf diese Weise hofft man den Länderhaushalten ausbessern zu können.

In wirtschaftlichen Kreisen wird die Sonderbesteuerung des Zensols und Zensols lebhaft beanstandet. Es ist damit zu rechnen, daß die Automobilindustrie, die ohnehin unter der schweren Konkurrenz der Amerikaner leidet, sich in den nächsten Tagen kräftig zur Wehr setzen wird. Andererseits muß aber beachtet werden, daß gerade diese Steuer den

Wünschen der Reichsbahngesellschaft entgegenkommt, die in ihrer letzten Denkschrift auf die Konkurrenz der Lastautomobile sehr nachdrücklich hinwies und ein Eingreifen des Reichsverkehrsministers verlangte. Diesen Wünschen der Reichsbahngesellschaft tragen die Steuerentwürfe Dr. Woblenhauser's insofern Rechnung, als die Zensolsteuer kräftig angesprochen und zum ersten Mal auch ein Zensol erscheint. Die Mineralwasserbesteuerung ist lediglich als ein Pendant der Erhöhung der Zölle auf Kaffee und Tee und der Erhöhung der Biersteuer anzusehen. Die Ertrögen und die Zinsen sollen in gleicher Weise dazu beitragen, die Fehlbeträge in den Haushalten des Reichs und der Länder zu beseitigen.

Das Deckungsprogramm vor dem Reichstagnett.

Berlin. (Funkpruch.) Unter dem Vorsitz des Reichsfinanzministers begann heute vormittags im Reichstag die angekündigte Kabinettsitzung. Reichsfinanzminister Woblenhauser entwickelte zunächst seine Pläne zur Deckung des Fehlbetrags im Reichshaushalt und zwar in der Form, wie wir sie oben im einzelnen mitgeteilt haben. Es ist anzunehmen, daß die Kabinettsitzung längere Zeit beanspruchen wird, da die Auffassungen der Parteien in wesentlichen Punkten stark auseinandergehen. Der Reichsfinanzminister hat die Absicht, die Presse heute abend eingehend über das Ergebnis der Beratungen zu informieren.

Die Antworten auf den Vorschlag der Wirtschaftspartei.

Die Antwort der Nationalsozialisten.

* Dresden. Die nationalsozialistische Reichstagsfraktion hat an die Reichspartei des Deutschen Mittelstandes, Dresden-Landtag, folgendes Schreiben gerichtet: In Verantwortung Ihres Schreibens vom 21. ds. Mts. teilen wir Ihnen folgendes mit: Die NSDAP. legt keinen Wert darauf, daß in Sachsen, das im Mai 1929 antimarkistisch gewählt hat, eine Große Koalition unter Einfluß der Marginalisten gebildet wird. Mit der Person des Präsidenten des Staatsrechnungshofes Dr. Schick als Ministerpräsident sind wir im allgemeinen einverstanden. Nach seiner bisherigen Tätigkeit glauben wir, erwarten zu können, daß er gewillt ist, im sächsischen Regierungs- und Verwaltungsapparat wirklich laubere Verhältnisse zu schaffen. Wir sind bereit, unter folgenden Bedingungen in Verhandlungen zur Bildung einer Regierung unter Führung des Präsidenten Schick einzutreten:

1. Rein Marginal, einschließlich Altsozialisten, in der sächsischen Regierung.
2. Bei allen entscheidenden politischen Fragen, bei Beratung von Ministern, höheren Regierungsbeamten pp. ist der interfraktionelle Ausschuss einzuberufen. Die Regierung hat die die Regierung stützenden Parteien über die bedeutendsten wichtigsten Maßnahmen zu unterrichten.
3. Die sächsische Regierung hat sich im Reichsrat gegen alle Verträge, durch die das deutsche Volk in weitere politische und wirtschaftliche Abhängigkeit vom internationalen Bank- und Börsenkapitalismus kommt, einzusetzen.
4. Durchführung von Sparmaßnahmen, Vereinfachung des behördlichen Verwaltungsapparats, Einziehung der sächsischen Befähigung in Berlin, Herabsetzung der Gehälter und Streichung der Pensionen für nicht aus dem Berufsamtentum hervorgegangene Minister.
5. Es ist ein ausreichendes und umfassendes Arbeitsbeschaffungsprogramm ausgearbeiten, das geeignet ist, die Erwerbslosigkeit zu beheben und die sächsische Industrie neu zu beleben. Bei Vergütung von Staatsaufträgen ist die sächsische Industrie in erster Linie zu berücksichtigen. Die Mietsteuer ist restlos dem Wohnungsbau zuzuführen und darüber hinaus noch Mittel bereit zu stellen, mit deren Hilfe eine Beseitigung der Wohnungsnot erreicht wird.
6. Der Landwirtschaft sind billige Staatskredite bereit zu stellen.
7. Schutz des Mittelstandes in Handwerk, Handel und Gewerbe, Befreiung der steuerlichen Vergünstigungen der Konsumvereine sowie Sonderbesteuerung der Warenhäuser.

Wir betonen, daß eine Befreiung eines Ministeriums durch die NSDAP. unter den jetzigen Verhältnissen nicht in Frage kommt. Wir erwarten aber, daß unsere Wünsche bei Beratung der einzelnen Ministerien Rechnung getragen wird.

Mit deutschem Gruß

gez. v. Rißinger.

Die Antwort der Demokraten.

* Dresden. Die demokratische Landtagsfraktion hat an die Fraktion der Wirtschaftspartei folgendes Antwortschreiben gerichtet:

Wenn wir den Sinn Ihres Schreibens richtig verstehen, streben Sie die Neubildung des Kabinetts auf der bisherigen Grundlage an. Wir sind der Ansicht, daß eine Regierung, die sich auf Nationalsozialisten stützt oder auch nur von ihrer Duldung abhängig ist, nicht von Dauer sein kann und zur Bewältigung der schweren Aufgaben, die in Zukunft zu lösen sind, nicht fähig ist, da sie sich auf eine ausreichende und sichere Mehrheit im Landtag nicht stützen kann. Wir behauern deshalb, Ihnen unsere Unterstützung für Ihren Plan der Regierungsbildung nicht zulassen zu können.

Wie verlautet, hat die Volkrecht- und Aufwertungspartei gegen die Verantwortlichkeit des Präsidenten Schick nichts einzuwenden, verlangt aber, daß das ganze Kabinettsamt aus Beamten und Fachleuten zusammengesetzt werde.

Meinungsverschiedenheiten innerhalb der sächsischen SPD.

* Dresden. Trotz des Beschlusses der Funktionärerversammlung vom Montag, der Beteiligung an der Großen Koalition grundsätzlich zuzustimmen, hört der Kampf gegen diese Beteiligung an der Uebernahme der Verantwortung innerhalb der Partei nicht auf. Im Gegenteil kommen in letzter Zeit aus den verschiedenen Teilen Sachsens Proteststimmen, die über scharfe Gegnerschaft zu diesem Pläne berichten. So wird gemeldet, daß der Unterbezirk Witten-Reichenbach einstimmig die Regierungsbeteiligung der SPD. abgelehnt hat. Auch der erweiterte Bezirksvorstand Zwickau-Blauen der SPD. und die Jahreskonferenz des zweiten Unterbezirks der SPD. im Bezirk Zwickau-Blauen haben sich einstimmig gegen den Plan einer Beteiligung an der Regierung ausgesprochen. Es liegt wohl auf der Hand, daß die Aussichten der Großen Koalition durch diesen scharfen Widerstand gegen die Koalition innerhalb der SPD. selbst nicht gerade wachsen, da natürlich befürchtet werden muß, daß die Bedingungen, den linken radikalen Flügel überhaupt bei der Stange zu halten, sich noch entsprechend verschärfen werden. Bekanntlich werden am Donnerstag der Landesarbeitsauskunft der SPD. und der Vorstand der Landtagsfraktion zusammentreten, um das für die Große Koalition als Grundlage dienende „Regierungsprogramm“ auszuarbeiten.